Schließlich bleibt die Analyse der sozialen Öffnung der Universitäten nach 1945 allzu vordergründig, da sie den sozialistischen Erfolgsmeldungen über das Anwachsen der Zahl von Arbeiter- und Bauernkindern zuviel Glauben schenkt und das eigentliche Reservoir der Aufstiegswilligen im Kleinbürgertum nicht diskutiert.

Dennoch bringt die Systematik der Arbeit wichtige Anregungen für die weitere Forschung. Der Kontrast der drei benachbarten Blockstaaten zerstört das Bild einer einheitlichen Sowjetisierung, denn er demonstriert die Macht des jeweiligen situativen Kontextes und der diversen akademischen Traditionen. Der unterschiedliche Erfolg der Umwandlung der Universitäten hing u.a. von der Kompetenz der lokalen Kommunisten ab, die in der Tschechoslowakei relativ inkonsequent agierten und daher nur eine oberflächliche Anpassung erzwingen konnten. Die weitergehende Umsetzung des Reformprogramms in der DDR war dagegen ein Resultat deutscher Sonderbedingungen: des antifaschistischen Bonus nach dem Dritten Reich, des Verlusts nationaler Einheit und der offenen Systemkonkurrenz des Kalten Krieges, die eine stärkere Durchherrschung der ostdeutschen Gesellschaft ermöglichten. Die sympathischere und fast normativ gesetzte Behauptung von erheblicher akademischer Unabhängigkeit in Polen wiederum war ein Produkt der korporativen Geschlossenheit der Professorenschaft, der Selbstbehauptung der katholischen Kirche und der nationalen Identität der Intelligenz.

Indem er solche widersprüchlichen Zusammenhänge klar herausarbeitet, leistet C. einen wichtigen Beitrag zur Einbeziehung der DDR in eine vergleichende Geschichte des Ostblocks nach 1945. In ihrem Subtext liefert diese bahnbrechende Studie darüber hinaus interessante Anregungen zu einer systematischeren historischen Selbstreflexion der Wissenschaft.

Chapel Hill - Potsdam

Konrad H. Jarausch

Sheldon Anderson: A Cold War in the Soviet Bloc. Polish – East German Relations 1945-1962. Westview Press. Boulder/Colorado 2001. XIX, 314 S.

Nach dem 20. Parteitag der KPdSU wurde auch im Westen deutlich, daß sich innerhalb des damaligen "Ostblocks" erhebliche Differenzierungen ausmachen ließen. Zu ihnen zählten die Unterschiede der innenpolitischen Strukturen der einzelnen unter sowjetischer Hegemonie stehenden Staaten. Nach 1956 können die Unterschiede zwischen der DDR und Polen hier als paradigmatisch gelten. Zwischen beiden Staaten bestanden aber auch erhebliche Interessenunterschiede, wenn nicht gar -konflikte. Dies macht auf eindrückliche Weise die hier anzuzeigende Studie von Sheldon Anderson deutlich, der im Titel sogar von einem "Kalten Krieg" zwischen beiden Partnern spricht.

Der Vf. beschränkt sich auf die Zeit zwischen der Entstehung der SBZ 1945 und dem Jahr nach dem Bau der Berliner Mauer. Er arbeitet die einzelnen Problemfelder heraus, die zwischen der DDR und der Volksrepublik bestanden, und verfolgt sie im wesentlichen in chronologischer Reihenfolge: die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze durch die DDR, die – wie A. gut belegt – von der DDR funktional und nicht aus wirklicher Überzeugung vorgenommen wurde; am Anfang die Frage der aus Polen in seinen neuen Grenzen zwangsweise ausgesiedelten, danach das Problem der dort zurückgebliebenen Deutschen; wirtschaftliche Interessenkonflikte; immer wieder aber auch das mißtrauisch beäugte Verhältnis der Gegenseite zur Bundesrepublik. Deutlich wird die Schlüsselbedeutung des Jahres 1956 mit der Rückkehr Władysław Gomułkas an die Macht und die damit einsetzende "ideologische Abweichung" der Polen, die von der Führung der DDR – aus ihrer Sicht durchaus begründet – als große Gefahr wahrgenommen wurde, während Gomułka unter einem "Rapallo-Komplex" litt und selbst Walter Ulbricht Wiedervereinigungsbestrebungen unterstellte. Manifest und latent spielte die "deutsche Frage" eine Schlüsselrolle in den bilateralen Beziehungen.

Den Wert der vorliegenden Studie macht es aus, daß sie vor allem auf der Auswertung bisher nicht zugänglicher Quellen basiert, und zwar sowohl polnischer wie ostdeutscher. Jenseits der offiziellen Erklärungen von Freundschaft und Solidarität werden handfeste Interessenkonflikte deutlich, die durch die persönlichen Animositäten zwischen Ulbricht und Gomułka noch verstärkt wurden. Das Bild der realen Beziehungen zwischen Volkspolen und der DDR im fraglichen Zeitraum wird so wesentlich plastischer. Allerdings muß auch A. auf Sekundärliteratur zurückgreifen. Und hier liegen inzwischen zum Teil neuere Arbeiten vor, die weitere polnische Archivbestände ausgewertet haben, etwa zur Vertreibung der Deutschen nach 1945 oder zum Problem der deutschen Kriegsgefangenen in Polen, so daß in Teilbereichen der Stand der Forschung schon weiter ist. Gleichwohl stellt die Studie den Kenntnisstand zu den Beziehungen zwischen der DDR und Polen in den ersten Nachkriegsjahren auf eine neue Grundlage.

Warschau/Warszawa

Klaus Ziemer

Piotr Mickiewicz: Wolne Miasto Gdańsk w koncepcjach wojskowych i polityce II Rzeczypospolitej. [Die Freie Stadt Danzig in den militärischen Konzeptionen und in der Politik der Zweiten Polnischen Republik.] Wydawnictwo Adam Marszałek. Toruń 2000. 197 S., Ktn., Graphiken, dt. Zusfass.

Es ist ein bisher unbekanntes Kapitel der Militärgeschichte, das der Vf., ein Marineoffizier und Dozent an der Marinehochschule in Gdingen (Gdynia), hier darstellt - die Überlegungen der polnischen Armee zur Freien Stadt Danzig. Nachdem die polnischen Hoffnungen auf die Zuerkennung Danzigs mit dem Versailler Vertrag gescheitert waren, richtete sich das militärische Interesse auf die Frage, wie die Existenz der Freien Stadt gegen einen deutschen Angriff oder einen Aufstand der Danziger Deutschen zu wahren wäre oder sogar zugunsten Polens beendet werden könnte. Da bis zu Beginn der 1930er Jahre das militärische Übergewicht Polens unstrittig war, galt für den Fall einer Auseinandersetzung der rasche Erfolg einer bewaffneten Intervention als sicher. Piotr Mickiewicz bespricht die entsprechenden Pläne eingehend. Gleichzeitig entstanden Pläne zur militärischen Verwendung der in Danzig lebenden polnischen Minderheit, die in dem Maße an Gewicht gewannen, in dem sich das Kräfteverhältnis zugunsten des Deutschen Reiches verschob. Unter dem Tarnmantel verschiedener polnischer Vereinigungen entstand in den 1930er Jahren - trotz der politischen Verwerfungen innerhalb der Minderheit - ein System von "paramilitärischen" Organisationen mit entsprechend geschulten Mitgliedern, von dem sich der polnische Generalstab im Kriegsfall entscheidende Unterstützung versprach. Dieser gezielte Aufbau einer "Fünften Kolonne" von Danziger Polen war so bisher noch nicht bekannt. Allerdings verlor diese durch die Geheimdienstarbeit der Danziger Polizei rasch an operativem Wert. Als mit dem Beginn der deutschen Aufrüstung vorherzusehen war, daß in einem deutsch-polnischen Konflikt der nördliche Teil des "Korridors" nicht zu halten wäre, und da die polnische Zivilbevölkerung zahlenmäßig nach wie vor nur eine kleine und sehr heterogene Minderheit darstellte, wurde der bewaffnete Einsatz der "Kampforganisation" Ende August 1939 abgesagt; die Verteidigung der Polnischen Post blieb deshalb ein Einzelfall.

Diese Studie hätte sehr gewonnen, wenn der Vf. nicht nur fast ausschließlich polnische Quellen ausgewertet, sondern auch die deutsch-Danziger Presse sowie Archivalien deutscher Provenienz verwendet hätte; sicherlich spielten die militärischen Planungen der deutschen Wehrmacht für die Arbeit des polnischen Generalstabs eine wesentliche Rolle. Die erste Hälfte der Arbeit über die Rolle Danzigs in der internationalen, in der deutschen und der polnischen Politik hätte sich der Vf. übrigens sparen können, denn sie bringt kaum etwas Neues, ganz abgesehen davon, daß er die nicht-polnische Fachliteratur nicht kennt. Alleine die Feststellung, daß die polnische Danzig-Politik in hohem Maße auf nationaldemokratische Befindlichkeiten Rücksicht nehmen mußte und großen Symbolcharakter trug, ist hier noch einmal zu unterstreichen. Welche spannenden Aufschlüsse die Archive über die außenpolitischen Kalamitäten der Freien Stadt und über den zunehmenden Souveräni-